

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 21. Juni 2008

118. Jahrgang Nr. 31.672

„Respektiert die Demokratie“

Präsidentin rief Bauern auf, Straßen frei zu räumen

Buenos Aires (AT/dpa/cal) - Präsidentin Cristina Kirchner hat den Bauern ihres Landes wegen des monatelangen Widerstandes gegen die Erhöhung von Exportabgaben „Egoismus“ vorgeworfen. Vor zwischen 50.000 und 100.000 Anhängern – Schätzungen variieren erheblich – begründete sie am letzten Mittwoch bei einer Kundgebung vor dem Präsidentenpalast Casa Rosada in der Hauptstadt Buenos Aires die Abgabenerhöhung erneut mit dem Ziel, die Unterentwicklung und Armut in Argentinien zu bekämpfen.

Die Bauern seien einfach nicht in der Lage, über den Tellerrand ihrer Verbandsinteressen hinaus die Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft wahrzunehmen, kritisierte Kirchner. Außerdem gehe es gar nicht mehr um die Abgaben, sondern um eine ungerechtfertigte Einmischung in die demokratischen Abläufe der Republik. „Sollen sie sich doch bei der nächsten Wahl stellen und sich um eine Mehrheit bemühen“, forderte sie. Und: „Respektiert die Demokratie!“

Am Vortag hatte sie die zunächst nur per Regierungsbeschluss angeordnete Abgabenerhöhung auch dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt. Dort hat die Regierung eine Mehrheit. Die Bauern sind misstrauisch. Parlamentarier versichern eine Debatte.

„Im Namen des Gesetzes und der Verfassung: Räumt die Straßen frei!“ rief Cristina Kirchner die Bauern auf – nach rund 100 Konflikttagen. „Lasst die Argentinier wieder produzieren und arbeiten.“

Die Bauernverbände wehren sich gegen die Erhöhung der Abgaben beim Export auf Sojabohnen und Erzeugnisse aus Sonnenblumen. Bei Soja ist Argentinien der drittgrößte Produzent der Welt, und mehr als 95 Prozent der Produktion werden ausgeführt. Die Regierung hatte im März kurzerhand eine erhebliche Anhebung dieser Ausfuhrzölle verkündet. Seither protestieren die Bauern immer wieder mit Straßenblockaden. Alle Gesprächsrunden zwischen den Agrarverbänden und der Regierung sind gescheitert; für die Regierung steht die Abgabenerhöhung nicht zur Diskussion.

Nach der gewaltsamen Räumung von Straßenblockaden protestierender Bauern und der vorübergehenden Festnahme mehrerer Demonstranten, darunter auch eines ihrer Anführer, hatten die Bauernverbände



Cristina Kirchner:

„Bauern sehen nicht über den Tellerrand hinaus.“

de am Wochenende vor einer Woche einen neuen Streik bis zum letzten Mittwoch beschlossen. Schließlich verlängerten sie ihn bis zum Freitag. Zudem protestierten weiter Lastwagenfahrer mit Straßenblockaden gegen Einnahmeausfälle wegen des Bauernstreiks und verschärften so die Versorgungsengpässe in den großen Städten und in der Industrie.

Der Entscheid Cristina Kirchners, die Abgabenerhöhungen dem Parlament zur Abstimmung vorzulegen, hat offensichtlich in den landesweiten, massiven Protesten in der Bevölkerung zu tun. So hatten Zehntausende Menschen am Montagabend in den wichtigsten Städten Argentiniens ihre Präsi-

dentin aufgefordert, dem Streit mit den Farmern endlich ein Ende zu bereiten. Kochtöpfe schlagend und mit unzähligen Nationalflaggen zogen die Menschen durch die Straßen.

Kritik an den Medien

Néstor Kirchner lud zu einer Pressekonferenz

Buenos Aires (AT/cal) – „Ich glaube nicht, dass Duhalde einen Staatsstreich plant“, sagte der frühere argentinische Präsident Néstor Kirchner (2003-2007) letzten Dienstag in der Hauptstadt Buenos Aires. Er sagte es aber nicht einfach so – etwa zu einem Journalisten oder während einer Parteisitzung. Nein. Der kürzlich als Präsident der Justizialistischen Partei (PJ) angetretene Kirchner hielt nach fünf Jahren erstmals wieder eine offizielle Pressekonferenz. Zum Erstaunen aller.

Es war der links gerichtete Luis D'Elía, früherer Unterstaatssekretär für sozialen Wohnungsbau, der den ehemaligen Präsidenten Argentiniens, Eduardo Duhalde, dazu bezichtigte, die derzeitige Regierung stürzen zu wollen. Néstor Kirchner distanzierte sich von den Aussagen seines früheren Regierungsmitarbeiters.

Der PJ-Parteichef aber verteidigte den Großanlass, der am Mittwoch vor dem Regierungspalast Casa Rosada in der Hauptstadt Buenos Aires durchgeführt wurde (siehe Artikel oben). „Er ist gegen niemanden gerichtet“, beteuerte er. Er rief alle Argentinier auf, daran teilzunehmen. „Er dient zur Verteidigung der Demokratie.“

Einmal mehr kritisierte Néstor Kirchner das Vorgehen der Bauern. Er verteidigte den Entscheid seiner Frau und Präsidentin Cristina Kirchner, die Exportsteuern auf Soja und Erzeugnisse aus Sonnenblumen zu erhöhen. Er wies darauf hin: „Es ist das sechste Jahr, dass Argentinien einen Wirtschaftswachstum verbuchen kann.“ Die Einkommen müssten in Argentinien aber besser verteilt werden.

Auch ließ er sich einmal mehr nicht entgehen, die Presse anzugreifen. „Ich bitte Sie, dass Sie wahrheitsgetreu informieren.“ Lokale Medien machten sich zum Spiel, mitzuzählen, wie oft das frühere Staatsoberhaupt die Presse kritisierte. „Elf Mal“, hieß es in einem Titel der Tageszeitung Clarín.

CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones

(5411)4703-5509

www.multimedia.com.ar

Che für die Ewigkeit

Revolutionär in seiner Heimatstadt Rosario mit Statue geehrt

Buenos Aires/Havana (AT/dpa/cal) - Zum 80. Geburtstag von Ernesto "Che" Guevara ist der argentinisch-kubanische Revolutionär in seiner Heimatstadt Rosario mit einer vier Meter hohen Statue geehrt worden. An der Enthüllung des Denkmals und einem Konzert am Samstag vergangener Woche nahmen nach Angaben der Veranstalter etwa 25.000 Menschen teil, von denen viele aus anderen Provinzen angereist waren. In Kuba traten unterdessen 18.000 junge Menschen in die Kommunistische Partei ein. Wie lokale Medien berichteten, war dies der Höhepunkt der Feierlichkeiten, mit denen Kuba des 1967 getöteten Revolutionärs gedachte.

Die Tochter Guevaras, Aleida Guevara March, die ebenfalls nach Rosario gekommen war, sagte der staatlichen Nachrichtenagentur Telam, "wichtiger als die Jahrestage, sei es, dem Beispiel Ches im Alltag zu folgen". Viele Teilnehmer forderten die Regierung in Buenos Aires auf, in dem monatelangen Konflikt mit den Bauernverbänden um die Erhöhung von Exportabgaben hart zu bleiben. Der Hintergrund ist: Die Regierung hatte verkündet, dass sie mit den Mehreinnahmen in der Staatskasse durch die Exportabgaben,



Che Guevaras Statue wird enthüllt.

armen Menschen helfen und neue Spitäler bauen wolle.

Die Bronze-Statue des legendären Revolutionärs war von dem Bildhauer Andrés Zerner aus insgesamt etwa 75.000 Schlüsseln und anderen Bronzeobjekten angefertigt worden, die während der vergangenen zwei Jahre von mehr als 15.000 Menschen aus der ganzen Welt gespendet wurden. Die Statue war Ende Mai bereits auf einem Lastwagen durch die Hauptstadt Buenos Aires gefahren worden. Dann wurde sie per Schiff den Paraná 250 Kilometer flussauf bis nach Rosario in der Provinz Santa Fe transportiert. Es ist das erste Denkmal für Che Guevara in seiner Heimat.

Der Arzt, der 1959 zusammen mit Fidel Castro das kubanische Militärregime von Diktator Fulgencio Batista besiegte, wäre am Samstag vor einer Woche (14. Juni) 80 Jahre alt geworden. Von diesem historischen Hintergrund weitgehend losgelöst ist er inzwischen zu einem weltweit millionenfach verbreiteten Symbol für Rebellion und eine gerechtere Welt geworden. Che Guevara starb für seine Ideale im Oktober 1967 im bolivianischen Urwald – er wurde exekutiert.

5000 Taxifahrer protestierten

Buenos Aires (AT/cal) – Rund 5000 Taxis standen am Donnerstag zur Mittagszeit vor dem Hauptsitz der Stadtregierung von Buenos Aires – und verursachten ein größeres Verkehrschaos als ohnehin täglich besteht. Die Taxifahrer protestierten gegen die neuen Verkehrsregelungen, die Stadtregierungschef Mauricio Macri im Begriff einzuführen ist.

In der Stadt Buenos Aires – besonders in den Stoßzeiten – bleibt der Verkehr beinahe stehen. Die Straßen sind überlastet, es hat einfach zu viele Autos. Die Fortbewegung von Punkt A nach B ist eine Qual. Macri will dagegen vorgehen – mit verschiedenen Maßnahmen. Eine davon ist den öffentlichen Verkehrsmitteln mehr Platz einzuräumen, damit Privatpersonen das Auto häufiger zu Hause lassen. So entschied der Stadtregierungschef, dass auf den breiten Avenidas einige Fahrspuren auf der rechten Seite ausschließlich für Busse und mit Fahrgästen besetzte Taxis erlaubt sind.

Die Taxifahrer reagierten prompt und beteuerten am Donnerstag während ihrer Protestaktion: "Wir werden bis zum bitteren Ende dagegen kämpfen." Wieso? Die Taxifahrer kritisieren, dass sie mit dieser Regelung einen Fahrgast auf der linken Straßenseite aufnehmen müssten. Das sei aber die Schnellspurfahrbahn und somit gefährlich. Weiter forderten sie, dass sie endlich die Taxitarife anheben könnten, die seit dem 1. Juni hängig sind. Dazu fehlt aber noch die offizielle Veröffentlichung im amtlichen Blatt.

Stadtregierungschef Macri bezeichnete die Protestaktion der Taxifahrer als "unverständlich und inakzeptabel."

Randglossen

Sichtlich verärgert, kritisierte Präsidentin Cristina Kirchner in Seiner ihrer letzten Reden die Unterlassung der Tatsache in der Presse, dass sie in über sechs Monaten nicht ein einziges dringliches Notstandsdekret unterschrieben habe. Die gleichen Zeitungen haben, wie sie monierte, genau nachgerechnet, wieviele solche Dekrete ihre Vorgänger, darunter auch ihr Gatte als erster der Liste, gebilligt haben. Diese Dekrete werden neuerdings vom Kongress gutgeheißen, der sie freilich auch ablehnen, aber nicht ändern darf. Vorher lagen sie dem Kongress zur Behandlung vor, wurden aber stillschweigend geduldet. Als Senatorin hatte sich die Präsidentin für die institutionelle Normalisierung der Notstandsdekrete eingesetzt, was ihr bislang gelungen ist. Hut ab.

Zwar hat die Präsidentin keine Notstandsdekrete erlassen, die vom gesamten Kabinett unterzeichnet werden müssen, aber sie hat mit dem Dekret, das die Finanzierung von Spitälern, Sozialwohnungen und Landstraßen mit dem Erlös von Exportzöllen auf Getreide und Ölpflanzen über 35 Prozent vorsieht, eigenhändig gehandelt, anstatt den Kongress zu bemühen, der für Einnahmen und Ausgaben des Staates zuständig ist. Indem sie neuerdings den Kongress einschaltete, damit dieser die Resolution 125 des Wirtschaftsministers über die beweglichen Exportzölle ohne Höchstgrenze ratifiziert oder ablehnt, hat sie auch das erwähnte Dekret über die Finanzierung der Sozialleistungen einbezogen, das mit der umstrittenen Resolution steht oder fällt. All das soll die Institutionen verbessern, lies im Klartext, die Willkür der Exekutive bändigen.

Gattopardo

Am gleichen Abend des Tages, an dem Präsidentin Cristina Kirchner überraschenderweise ankündigte, dass der umstrittene Beschluss Nr. 125 des damaligen Wirtschaftsministers Martín Lousteau dem Kongress zur Ratifikation oder Ablehnung unterbreitet werden würde, kennzeichnete der scharfsinnige Schriftsteller und Essayist Marcos Aguinis die Initiative als Gattopardismus. Das heißt im Klartext, dass etwas geändert wird, damit sich nichts ändert. Der italienische Schriftsteller Fürst Giuseppe Tomasi di Lampedusa hatte mit seinem Buch *Il gattopardo* (Der Leopard) diesen Satz geprägt, der sich immer wieder auf politische Initiativen bezieht, wenn Konflikte gelöst werden sollen.

Seit rund hundert Tagen besteht der Konflikt zwischen der Regierung und der Landwirtschaft über die beweglichen Exportzölle besagten Beschlusses, weil sie ohne Obergrenze je nach Weltmarktpreisen von Getreide und Ölsaaten deutlich konfiskatorisch sind. Exportzölle vermindern den Erlös der Verkäufe und, bezogen auf die Einkommensteuer aus letzteren, ergeben sich Steuersätze von über 70 Prozent. Dagegen lehnen sich die Landwirte auf, doch die Regierung bleibt hart. Die verheißenen Rückerstattungen an kleine Landwirte und die Subventionen für den Getreidetransport außerhalb der fruchtbaren "Feuchten Pampa" haben die Landwirte keinesfalls beeindruckt. Sie protestieren lauthals, machen Kundgebungen an den Landstraßen und behindern den Verkehr, ebenso wie die Lastwagenunternehmer, die durch die Weigerung der Bauern, ihr Getreide zu verkaufen, ohne Arbeit sind.

Die Regierung reagiert wütend auf die Verkehrsstörungen, die freilich genau so illegal sind wie die früheren der regierungsfreundlichen Piqueteros in Gualeguaychú und anderenorts. Ihre damalige Politik, die Verkehrsstörungen zu dulden, wurde ihr im Streit mit den Landwirten zum Verhängnis.

Die Initiative der Präsidentin, den Kongress zu bemühen und den Beschluss Nr. 125 entweder zu ratifizieren oder zu verwerfen, schafft ganz neue Probleme, dieses Mal rein parteipolitischer Natur. Da der Beschluss sich um eine Steuerfrage dreht, musste die Deputiertenkammer und nicht der Senat zunächst eingeschaltet werden. Die Verfassung schreibt dem Unterhaus die Aufgabe vor, als erste Kammer in Steuerfragen zu handeln.

Insgesamt sind 257 Deputierte nun gefordert, Stellung für oder gegen den Beschluss zu nehmen. Der Exekutive schwebt vor, keine Alternativen oder gar Änderungen zuzulassen, nur Ja- oder Nein-Stimmen. Indessen kann der Kongress eigenständig handeln, sofern die dafür erforderlichen Mehrheiten zustande kommen. Vorerst geht es um Ja oder Nein. Unterdessen gilt der Beschluss Nr. 125. Die Exekutive weigerte sich, den Beschluss während der Parlamentsdiskussion auszusetzen, wie es die Opposition forderte. Die Ausschüsse für Haushalt und Landwirtschaft der Deputiertenkammer werden sich Anfang nächster Woche mit dem Fall beschäftigen, möglicherweise schon am Dienstag ihren Bericht erstatten, so dass die Entscheidung Mitte der folgenden Woche fallen könnte. Überwiegen die Ja-Stimmen, auf welche die Exekutive zählt, dann folgt der Senat, wo die Regierungspartei über eine Zweidrittelmehrheit verfügt. Läuft das über die Bühne, dann hätte Gattopardo gesiegt. Etwas wurde geändert, nämlich die Einschaltung des Kongresses, damit nichts ändert. Alles würde im Sinne der Regierung gleich bleiben.

Die Sprecher der Landwirte haben sauer auf die Initiative reagiert und die Einstellung ihrer Getreideverkäufe für den Export beibehalten. Sie werden weiter protestieren, auch wenn der Verkehr auf den Landstraßen sukzessive normalisiert wird. Ihre nächste Aufgabe besteht darin, die Nationaldeputierten der Regierungspartei (Front für den Sieg und Justizialistische Partei) und Alliierten, insbesondere sogenannte Radikale K, zu bearbeiten, damit sie gegen die Vorlage stimmen, wie es Oppositionspolitiker bereits angekündigt haben.

Für Regierungsdeputierte entsteht ein politisches Dilemma. Wenn sie gegen den Beschluss stimmen, müssen sie bangen, in den nächstjährigen Kandidatenlisten nicht aufgenommen zu werden. Parteipräsident Néstor Kirchner dürfte dafür sorgen. Stimmen sie indessen für den Beschluss, dann müssen sie fürchten, dass sie die Agrarlobby gegen sich haben, womit die gesamten Kandidatenlisten, auf der sie figurieren, massiv Stimmen verlieren würden und zwar nicht nur auf dem Land und in den Dörfern, sondern auch in Großstädten, wo die Landwirte

auf Gefolgschaft zählen. Die Sprecher der Bauernverbände haben sich in hundert Tagen Protest politische Übung erworben und bereits angekündigt, dass sie mit den Abgeordneten sprechen werden. Man kann sich mühelos vorstellen, welcher Art diese Gespräche sein werden.

Das überwältigende Topfschlagen vom vergangenen Sonntagabend in Buenos Aires und zahlreichen Städten im Inland hat deutlich gezeigt, dass die politische Stimmung in Argentinien keinesfalls so rosig ist, wie es die Regierung mit ihrer organisierten Kundgebung auf der Plaza de Mayo vorgaukelt. Topfschlagen ist freiwillig, ebenso wie die Massenkundgebung in Rosario vor dem Monument der Fahne. Der Aufmarsch vor dem Regierungsgebäude, um die Brandrede der Präsidentin zu hören, die zwangsweise über Fernsehen und Rundfunk übertragen wurde, war von der Regierung, den befreundeten Gewerkschaftern und allerlei Piqueteros organisiert und finanziert worden.

Bewährt sich Gattopardo, wie es die Exekutive plant, damit der Kongress nachvollzieht, was ihm vorgelegt wird, dann bleibt der Konflikt mit der Landwirtschaft bestehen. Argentinien büßt eine einzigartige Gelegenheit ein, mit vermehrten Ernten die obwaltende Nahrungsmittelnot in der Welt zu lindern und selber zu prosperieren.

WOCHENÜBERSICHT

Neues Wahrzeichen für Hauptstadt geplant

Die Freiheitsstatue in New York oder die Christusfigur in Rio de Janeiro: Etwas in dieser Art schwant den Projektleitern vor, wenn sie an das neue Wahrzeichen für die Hauptstadt Buenos Aires denken. Zumindest steht jetzt bereits fest: Das neue Denkmal soll wie die Freiheitsstatue und die Christusfigur an einer Küste gebaut werden – irgendwo zwischen der nördlichen Costanera und dem südlichen Stadtviertel Boca mit Blick auf den Fluss Río de la Plata. Mit der Zustimmung von Präsidentin Cristina Kirchner wurde das geplante Bauprojekt in einem Wettbewerb international ausgeschrieben. Bis Mitte August müssen die erarbeiteten Vorschläge von Architekten und Ingenieuren vorliegen. In der Jury werden Präsidentin Cristina Kirchner, der Stadtregierungschef Mauricio Macri, der Initiator des Bauprojekts und Unternehmer Eduardo Elstain und renommierte Ingenieure. Bisher ist der 67,5 Meter hohe Obelisk das Wahrzeichen der Metropole. Seit 72 Jahren. Immer wieder ist er Gegenstand von Diskussionen, „häßlich“, nennen ihn viele.

Cristina Kirchners Image verschlechtert sich

100 Tage nach Beginn der Bauernproteste hat Cristina Kirchners Beliebtheit im Land erheblich abgenommen. Im Juni gaben nur noch 20 Prozent der Befragten an, dass sie ein positives Bild von ihrer Präsidentin hätten. Dies geht aus einer Umfrage des Unterneh-

mens Poliarquía hervor. Als Cristina Kirchner im Dezember 2007 das Amt antrat, betrug ihr Positivimage 51 Prozent. Im Januar stieg es auf 56 an. Seither aber hat es kontinuierlich abgenommen. Das Image der Präsidentin hat sich vor allem in der Pampa und im Nordosten des Landes verschlechtert, wo die Bauernunruhen und derer Folgen besonders heftig waren. Auch ihr Mann und Ex – Staatsobershaupt Néstor Kirchner hat an Beliebtheit verloren: Nur noch 14 Prozent der Befragten denken gut über ihn.

Dächer von Haltestellen verschwinden

Stehen Sie manchmal im Regen, während Sie auf den Bus (colectivo) warten? Das hat damit zu tun, dass etwa die Hälfte der Haltestellen kein Dach mehr besitzen. Auf dem Platz vor dem südlichen Hauptbahnhof der Stadt Buenos Aires, Constitución, verschwand in den letzten zwei Jahren 900 Quadratmeter Aluminiumblech. Aus diesem Metall nämlich bestehen die Dächer der Colectivo-Haltestellen. Und das Kilo Aluminium beträgt zurzeit 3 Pesos (ca. 1 Dollar). Die Anwohner wissen zu erzählen, dass sich die Diebe vor allem an den Wochenenden zur Abendstunde hinter das Metall machen. Später verkaufen sie es auf dem Schwarzmarkt. Die Stadtregierung von Buenos Aires hat bisher noch kein Projekt, um die dachlosen Haltestellen wieder aufzubauen. Etwa eine Million Personen steigen während der Woche täglich bei Constitución auf Zug,

Colectivo oder U-Bahn um.

Gefängnisrevolte unblutig beendet

In der Strafanstalt Villa Devoto in der Stadt Buenos Aires kam es in der Nacht auf Freitag zu einer Gefängnisrevolte. Alles begann, als zwei Insassen sich stritten und dabei einer von ihnen verletzt wurde. Darauf brach eine Revolte aus. Die Insassen forderten unter anderem bessere Haftbedingungen. Nach acht Stunden war der Aufstand vorbei. Alejandro Marambio vom Bundesamt für Strafanstalten versicherte, es habe keine Schwerverletzten und Tote gegeben. Familienangehörige von Insassen hingegen hatten in einem Fernsehinterview davon berichtet. In der Strafanstalt Villa Devoto gibt es Plätze für insgesamt 1750 Häftlinge. Im Jahr 2005 beherbergte sie rund 2500 Kriminelle. Gegenwärtig würden da nur 1700 Personen hinter Gitter sitzen, sagte Marambio. Davon seien lediglich 200 verurteilt, die restlichen warten auf ihre Prozesse.

(AT/cal)

Richter verärgert mit Justizminister

Bevor ein Haus durchsucht, Dokumente beschlagnahmt oder ein Sträfling verlegt wird, muss künftig der Justizminister Anfbal Fernández benachrichtigt werden. Jeder juristische Entscheid also, muss erst noch von ihm abgesegnet werden. Dies hat Fernández selber mittels eines Beschlusses bestimmt. Ihm unterstehen die Sicherheitskräfte, etwa die Bundespolizei. Er begründet diesen Schritt damit, dass er besser Bescheid weiss über die Aktivitäten in seinem Ministerium. Weiter könne so effektiver gearbeitet werden. Bei den Richtern läuteten alsbald die Alarmglocken. Es werde immer schwieriger, die Exekutive – die Regierung – zu bewachen. Weiter sei eines der wirksamen Mittel der Judikative der Überraschungseffekt, dass niemand davon weiß. Die Magistraturvereinigung wägt nun ab, welche Schritte sie gegen Fernández' Beschluss unternehmen kann.

und seine Schwester Luzie ist tatsächlich in die Vereinigten Staaten ausgewandert, mit ihrem jüdischen Ehemann, und hat dort eine Familie gegründet. Nach dem Krieg hat sie ihrem Bruder Fresspakete nach Deutschland geschickt. Das mit dem Urgroßneffen könnte also hinkommen. Und bitte, in Wikipedia finden wir dann auch, dass „Dave Winer, der Nestor des Bloggens,

... eine Großneffe von Arno Schmidt“ ist! Watt sachste nu?...

Der Rest ist Fiktion, – und Gottseidank Fiktion geblieben! Charles Henry Winer hat seinen Bericht natürlich auf Englisch geschrieben, aber da es sich dabei, für die im Jahre 2008 geltende totalitäre Weltordnung, um eine „politisch oder sonst irgend anstößige“, „bedenkliche Schrift“ handelt, darf er nur in einer „toten Sprache“ veröffentlicht werden. Das ist in dem Falle Deutsch. Der fiktive Übersetzer, Chr. M. Stadion (und das ist ein Anagramm von „Arno Schmidt“; zählen Sie bitte nach!), gehört zu einer kleinen Kolonie deutschsprachiger Überlebender der stattgefundenen Atomkriege in Chubut, wie im folgenden Originalzitat dargelegt wird:

„Die Amtssprachen?“, Indisch, Chinesisch; Amerikanisch, Russisch; Arabisch, Spanisch. / Die neu-toten Sprachen?: 1 Franzose aus Abidjan war da; 1 Exilpole: „Von direkten Deutschen ist ja Keiner übrig geblieben; höchstens was sich gerade auf Auslandsreisen befand: bis vor einigen Jahren beschäftigten wir 1 aus der kleinen, immer mehr zusammenschmelzenden, argentinischen Kolonie als Übersetzer in der Bibliothek. – Es sind aber ausreichend Bandaufnahmen von allen ehemaligen europäischen Kleinsprachen vorhanden. / Ja, ganz recht: den Kern bildeten die Lehrkräfte der rechtzeitig nach Chubut übergesiedelten ‚Hochschule für Gestaltung‘, tja.“

Letzteres ist eine scherzhaft-ironische Verbeugung Arno Schmidts vor Max Bense, der zur Zeit der Entstehung der Gelehrtenrepublik an der Ulmer Hochschule für Gestaltung lehrte. Durch Benses Vermittlung erhielt Arno Schmidt das Angebot einer Dozentenstelle an dieser Hochschule. Er wäre also bei der Übersiedlung nach Chubut dabeigewesen, sicherlich als „Chr. M. Stadion“, der Übersetzer. Schmidts Verhandlungen mit der Hochschulleitung führten übrigens zu nichts; so blieb er ein freier und brotloser Schriftsteller, der sich – in jenen Jahren – mit Übersetzungen aus dem Englischen über Wasser halten musste (Faulkner, James Joyce, J. F. Cooper, Wilkie Collins, E. A. Poe, Bulwer-Lytton u.a.).

Die Gelehrtenrepublik ist nur eines der Werke Arno Schmidts, die sich mit dem Atomkrieg und seinen katastrophalen Folgen befassen. Schwarze Spiegel (1951), KAFF auch Mare Crisium (1960) und Die Schule der Atheisten (1972) sind weitere einschlägige Titel. Die Prise südamerikanischen Lokalkolorits (Arno Schmidt war natürlich niemals in Argentinien) macht die Gelehrtenrepublik für uns – die 2008 noch existierende kleine deutschsprachige Gemeinde in Chubut und vielleicht anderwärts in Südamerika – zusätzlich interessant. Ein weiteres Zitat mag dies noch einmal illustrieren:

„Erst noch mal aufs Klo (und beim Ziehen vorsichtig zurücktreten: in Uruguay, in einem Landstadthotel, war mal eins nach oben losgegangen, ich bin nicht der Mann, dem dergleichen zweimal passiert!)“

Lieber Leser, achten Sie auf diesen Umstand, sollten Sie nach Uruguay reisen wollen!

Es hat sogar eine spanische Übersetzung der Gelehrtenrepublik gegeben: La república de los sabios. Buenos Aires, Edic. Minotauro, 1973. Ich habe das Buch besessen, verliehen und verloren; habent sua fata libelli.

Der Papst, in dem Falle Johannes Paul II., hat sich übrigens schon einmal umgesehen (um Quartier zu machen in Nueva Roma?), kam allerdings nur bis Bahía Blanca, im April 1987.

Wischelwischel wischel. – : Wisch'li!)
 uckt Papier, Schätzel; die Asche meiner
 alten Luftschlosser nich überredn woll'n,
 Wege der
 lücke ein
 tünke Un-
 biete ich
 nd): »Es
 (Aber wenn man Dir nu die Erlaubnis
 dem Birkenblatt – frei zu denken?; (ja, viel-
 undale? Nu überleer ma') Sie ziehr rich
 NacktEü
 ter Des C
 ken von
 vom Mo
 Mitterna
 day!; : h
 stands, it
 teten Gesi
 Stern'nB
 litta, sie
 nackt, m
 Venereak
 NeuCöll
 aus Hex

Arno Schmidts Buch „Abend mit Goldrand.“

Wie der Vatikan nach Nueva Roma, an den Ufern des Sauce Chico-Flusses, umzog

Von Rolf Delhey / (Bahía Blanca)

Am 22.6.2008 bricht der Ich-Erzähler („Ich, Charles Henry Winer, geboren 1978 zu Bangor im Staate Maine. / Mein Vater: David Michael, geboren 1955. / Dessen Mutter, Eve Kiesler, 1932. ...: Deren Mutter nun, Lucy Schmidt, geboren 1911: „Von der war er der Bruder!“), also: der Urgroßneffe eines gewissen „alten deutschen Schriftstellers“ (auf den wir gleich zu sprechen kommen werden), – und jetzt Luft holen, denn der Satz ist noch nicht zu Ende – zu einem Fußmarsch in den radioaktiv verseuchten „Hominidenstreifen“ im westlichen Nordamerika auf:



Arno Schmidt.

„Gehen; und immer wieder den Kopf über die Gedanken schütteln: was die beiden letzten Kriege doch so angerichtet hatten! / Europa lag zerstrahlt. Hier der große Streifen. / Der Papst umgesiedelt nach Nueva Roma. (Bei Bahía Blanca; wo man sofort eine neue Peterskirche errichtet hatte: sämtliche Reliquien waren ja angeblich gerettet worden.)“

Das ist aus dem 1957 erschienenen utopischem Roman „Die Gelehrtenrepublik“ von Arno Schmidt (Hamburg 1914, Celle 1979), dem – ja, ich schreib das einfach mal so hin, denn man soll ja immer die Wahrheit sagen – also: dem wichtigsten deutschen Schriftsteller der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts!

Der gewisse „alte deutsche Schriftsteller“ ist Arno Schmidt selbst,

AUSFLÜGE UND REISEN

Weitere Neuigkeiten von der Ruta 40

„Wanderer, es gibt keinen Weg, der Weg entsteht durchs Wandern erst“, lautet ein spanisches Sprichwort.

Nichts trifft besser zu als diese Worte auf die Ruta Nacional 40, die als solche 1935 seitens der Straßenbaudirektion durch das Aneinanderketten von schon zuvor bestehenden Wegen mit der Codenummer 40 im bundesweiten Straßennetz belegt wurde. Sie läuft im Prinzip von Süd nach Nord stets am Ostfuß der Anden entlang, führt heute über eine Distanz von rund 5000 Kilometer und durchquert dabei alle nur vorstellbaren klimatischen, geologischen, ja sogar kulturellen Landschaften.

Die heute auch als wichtiger Touristenmagnet geltende Ruta 40 hat aber auch nach mehr als sieben Jahrzehnten des Bestehens ihre endgültige Form noch nicht gefunden - und wird sie vermutlich wohl nie erreichen.

Wenn man sämtliche Teilstrecken zusammenzählt, die früher einmal die Bezeichnung Ruta 40 führten und heute verwaltungstechnisch nur noch unbedeutende Provinzstraßen sind, kommt man auf rund zweitausend Kilometer. Diese Teilstücke sind sogar zu einer weiteren Attraktion für Abenteuerer unter der Bezeichnung „Vieja Ruta 40“ mutiert.

In der letzten Kolumne von „Ausflüge und Reisen“ wurde bereits berichtet, dass eine sehr schöne Strecke im Mittelteil der



Nunmehr geht die Ruta 40 unter dem berühmten Polvorilla-Viadukt hindurch.

Ruta 40 zwischen El Sosneado und Pareditas im Süden von Mendoza neuerdings wieder diese Bezeichnung trägt (seit den 70ern war sie als Ruta Provincial 101 geführt worden).

Auch auf anderen Sektoren erfuhr die Ruta 40 jüngst verschiedene Änderungen. In Jujuy beispielsweise geht die Strecke von San Antonio de los Cobres jetzt nicht mehr die großen Salzseen entlang bis Abra Pampa (wo sie bisher endete), sondern verläuft weiter westlich: unter dem vom Tren a las Nubes her bekannten Riesenviadukt La Polvorilla hindurch, am Fuß des Riesenvulkans Tuzgle vorbei, dann über das malerische Puna-Dörfchen Susques mit seiner uralten Kirche, weiter nordwärts das pittoreske Valle de Marte berührend, und dann über Cusi Cusi und Santa Catalina bis La Quiaca an der Grenze zu Bolivien.

Vom himmelhohen Acay-Pass (4960 Meter, höher als der Mont Blanc!) rollt dann der Wagen über Hunderte von Kilometer auf der mindestens 3500 Meter hohen Puna, das noch von seinen Ureinwohnern bevölkerte Hochplateau. Man kommt durch Goldgräberdörfchen und sieht endlose Lama-Herden, die hier als Haustiere gehalten werden. Doch auch die scheuen Vikunjas sind häufig anzutreffen.

Auf diesem Nordabschnitt sieht der Reisende zu linker

Hand, also im Osten, die Vulkane der argentinisch-chilenischen Grenzbergkette; einer davon, der Lászar, ständig dampfend, rauchend und mehr oder weniger Asche auswerfend.

Diese ganze Gegend war und ist noch immer reich an Gold. Viele Namen hier deuten darauf hin, wie Rinconada del Oro, Orosmao oder Cori Cancha (Cori bedeutet auf Ketschua svw. Gold).

Als Fahrzeug ist ein Geländewagen angezeigt, wobei man idealerweise auf diesem gott- und menschenverlassenen Tafelhochland entweder in Begleitung mit einem Gesinnungsgenossen fahren, oder aber - falls allein unterwegs - ein Satellitentelefon mieten sollte.

Die häufigsten Fragen der Automobilisten, die gerne ein Stück der Ruta 40 abfahren möchten, gelten dem Straßenzustand als solchem.

Die Ruta 40 durchquert elf der 24 argentinischen Provinzen und ist heute zu 48 Prozent mit einem festen Belag versehen. Neuquén und Río Negro sind die beiden Provinzen, wo der Asphalt durchgehend ist, die nördlichste, Jujuy, die einzige ausschließlich mit Naturstraßen. Doch mit einem normalen Pkw ist es durchaus möglich, den Großteil der Strecke zu befahren; unterbrochen wird die RN 40 in den Sommermonaten lediglich am Acay-Pass zwischen Cachi und San Antonio de los Cobres. Die Gebirgsbäche reißen hier zwischen Dezember und

März weite Teilstücke des Weges fort und machen den Südhang des Acay selbst für Allradantrieb unpassierbar. Im Winter hingegen sind lediglich lokale Schneestürme zu fürchten, die gewisse Straßenstücke unpassierbar machen, wie in der Gegend um Malargüe oder bei Bariloche, doch hier dauert es bestenfalls Stunden, bis die Durchfahrt wieder frei ist.

Die Straßenkarten des Argentinischen Automobil Clubs (ACA) geben Auskunft über Distanzen, Höhen und Belagzustand.

Marlú

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.

MAXINTA

Casa de Cambio
Sociedad de Bolsa

Máximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan

Sarmiento 378 6° y 7° 4334-4400



Flyer
Lufthansa
City Center

(Zona Norte)

Leg. 213 Res.04447

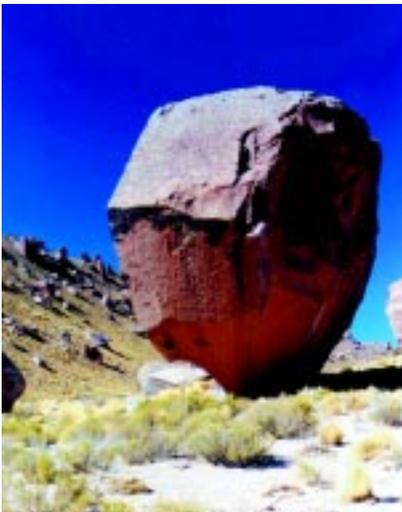
Av. Fondo de la Legua 425

(B1609JEE) San Isidro

Tel.: (54 11) 4512-8100

E-mail: info@flyer.com.ar

www.flyer-de.de



Im Hochland von Jujuy führt die Ruta 40 an diesem gewaltigen Felsklotz vorbei.

ADBlick
OLIVOS
Gelingen Sie zu Ihren eigenen landwirtschaftlichen Flächen und erfreuen Sie sich dieser mit kontinuierlichen Erträgen
Direccion de Inversiones
mweibers@adblickagro.com
Cel: (71) 15 5635 1911
Tel / Fax: (5411) 4766-8083
www.adblickagro.com

BIP-Zunahme im 1. Quartal: 8,4%

Das Statistische Amt (INDEC) hat berechnet, dass das Bruttoinlandsprodukt im 1. Quartal 2008 um 8,4% gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist, jedoch nur um 0,6% im Vergleich zum 4. Quartal 2007. Die Zunahmerate ist zwar immer noch sehr hoch, jedoch geringer als in den vorangehenden Quartalen: 2007 betrug die interanuelle Zunahme im 1. Quartal 8%, im 2. Q. 8,6%, im 3. Q. 8,8% und im 4. Q. 9,1%. Die Zunahme im 1. Quartal 2008 lag leicht unter der Schätzung, die der EMAE-Index ("Esti-mador Mensual de la Actividad Económica") ergeben hatte, die 8,8% betrug.

Die sogenannten "impliziten" Preise sind gegenüber dem Vorjahr um 20% gestiegen. Das bezieht auf das Verhältnis des BIP zu laufenden Preisen und des BIP zu Preisen des Vorjahres. Das ist bedeutend mehr als die Preiszunahme, die der Index der Konsumentenpreise diese Periode mit 8,5% ergibt. Gewiss: der Index der impliziten Preise erfasst alle Güter und Dienstleistungen, während der Konsumentenpreisindex sich auf nur etwa 40% des BIP bezieht. Dennoch müssten bei Annahme der Richtigkeit dieses Indices die Preise der nicht berücksichtigten Sachgüter und Dienstleistungen um 27,66% gestiegen sein, damit der gewogene Durchschnitt 20% ergibt. Diese Annahme ist unreal.

Der private Konsum lag im 1. Quartal um 8,2% über dem Vorjahr und der öffentliche um 7,1%. Die Importe waren dieses Jahr um 22,2% höher und die Exporte um 6,3%. Die Investitionen stiegen um 20,5% und erreichten somit einen Anteil am BIP von 22,7% zu konstanten Werten und von 24,2% zu laufenden Werten, was bedeutet, dass die Investitionsgüter (in diesem Fall vornehmlich Bauten) mehr als die impliziten Preise gestiegen sind. Bei den Investitionen nahmen Bauten (öffentlich und privat) um 10% zu, Maschinen und Anlagen um 34,8%. Die Zusammensetzung der Investitionen hat sich somit verbessert, was ihre Wirkung auf die Produktion betrifft.

Auf alle Fälle handelt es sich um einen hohen Investitionskoeffizienten, sowohl im historischen, wie im internationalen Vergleich. Nur China und wenige andere Länder haben höhere Koeffizienten. Wenn effizient investiert wird, sollte diese Investitionsrate ausreichen, um ein Wachstum von mindestens 5% pro Jahr zu ermöglichen. Das ist jedoch nicht der Fall: es wird zu wenig in Energie und Infrastruktur investiert, und auf der anderen Seite tragen hohe Investitionen im Handel (neue Supermärkte u.dgl.) kaum zum Wachstum bei.

Nach Sektoren aufgeteilt war die Entwicklung wie folgt: Landwirtschaft: +0,7%; Industrie: +6,8%; Bauwirtschaft: +9,7%; Finanzen: + 18,1%; Transport und Fernverbindungen: +14,5%; Hotels und Restaurants: +9,3%; Handel: + 8,8%. Gesamthaft ist die Sachgüterproduktion um 5,9% gestiegen, die von Dienstleistungen um 9%. Das ist eine normale Entwicklung, wobei die Methodologie der Berechnung des BIP dazu neigt, den Dienstleistungssektor zu unterschätzen.

Das BIP zu laufenden Werten erreichte im 1. Quartal 2008, auf Jahresbasis, \$ 885,37 Mrd. In Wirklichkeit dürfte es mehr sein, einmal wegen nicht erfasster Dienstleistungen, und dann auch weil andere Tätigkeiten schlecht oder gar nicht berücksichtigt werden, wie Eigenproduktion von Gemüse, Obst, Hühnern und Eiern.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der freie Dollarkurs schloss diese Woche zu \$ 3,06, um 0,65% unter der Vorwoche und 3,47% unter Ende Dezember 2007. Es ist der niedrigste Kurs seit dem 17. Januar 2006. Der Rofex-Terminkurs lag zum 1.9.08 bei \$ 3,06 und zum 2.1.09 bei 3,13.

Die ZB-Reserven (Gold, Devisen und Anlagen im Ausland) betrugen am 6. Juni u\$ 48,13 Mrd. und der

Banknotenumlauf \$ 74,57 Mrd. Am 2. Juni waren es u\$ 48,51 Mrd und \$ 73,14 Mrd. Die Reserven haben in 30 Tagen um 2,53% abgenommen, jedoch seit Ende Dezember um 4,64% zugenommen. Der Notenumlauf ist in 30 Tagen um 1,55% gestiegen, jedoch seit Ende 2007 um 0,31% zurückgegangen.

Die gesamten Depositen des Bankensystems sind in 30 Tagen

zum 6. Juni mit \$ 203,73 Mrd. um 2,53% zurückgegangen, liegen jedoch um 6,44% über Ende 2007. In den letzten 30 Tagen wurde ein Rückgang von 6,06% bei Girodepositen und von 5,33% bei Spardepositen teilweise durch eine Zunahme von 2,72% bei Fristdepositen ausgeglichen.

Der Merval-Aktienindex der Börse von Buenos Aires nahm in einer Woche zum Donnerstag um 0,32% zu, gegen Ende Mai um 6,46%, und gegen Ende Dezember um 4,11% ab.

Gold von 18 Karat wurde in Buenos Aires am Donnerstag zu \$ 57,96 je Gramm gehandelt, bei 24 Karat zu \$ 95,40. In der Vorwoche waren es \$ 55,75, bzw. \$ 93,10.

Vordatierte Schecks auf 30 Tage wurden an der Börse von Buenos Aires zu 15% (Vorwoche: 15,5%) gehandelt, auf bis zu 60 Tagen zu 15,64% (16,84%), auf bis zu 90 Tagen zu 17,61% (17,76%), auf bis zu 120 Tagen zu 18,22% (17,89%), auf bis zu 180 Tage zu 19,16% (18,71%) und über 180 Tage zu 20,91% (21,32%).

Der Rindfleischpreis schloss letzte Woche auf dem Markt von Liniers für Ochsen zwischen 431 und 460 kg unverändert zu \$ 3 je kg, Lebendgewicht, bei schwereren Ochsen zwischen \$ 3,17 und \$ 3,20 (Vorwoche: \$ 2,45 bis \$ 2,80).

Die Genossenschaft "Cooperativa Agrícola Limitada" von Picada Libertad, Provinz Misiones, hat im November ein Abkommen mit der schweizerisch-britischen Firma "Global Agricultural Resources" (GAR) unterzeichnet, um in 10 Jahren 36.000 ha mit der Ölpflanze "Tártago" zu pflanzen, die zur Erzeugung von Biodiesel-treibstoff verwendet wird. Dieses Jahr wurden im Misiones schon 2.000 ha gepflanzt; aber für 2009 sind 6.000 ha und 2010 12.000 ha vorgesehen. GAR wird die Fabrik der Genossenschaft erneuern und auch ein Labor einrichten. Sie übergibt den Landwirten den Samen und bietet technischen Beistand.

Die brasilianische Votorantim Metais hat 52,9% von AcerBrag (Familie Vara, die auch die Möbel und Matrasen Piero erzeugt) erworben. AcerBrag erzeugt in ihrer Fabrik in Bragado, Provinz Buenos Aires, mit einer Belegschaft von 535 Personen 250.000 Jato Stahlbarren, Rundeisen, Draht und Drahtgeflechte. Der Jahresumsatz erreicht u\$ 130 Mio. Votorantim kommt mit den Betrieben in Brasilien, Kolumbien und jetzt Argentinien auf eine Kapazität von 2,5 Mio. t.

Die Provinz Mendoza hat Klage vor dem obersten Gerichtshof gegen 14 Erdölunternehmen eingereicht, die in der Provinz tätig sind, und fordert \$ 23 Mio. wegen Differenzen der seit 2002 gezahlten Erdölgebühren. Im Prinzip handelt es sich darum, dass die Provinzregierung die Gebühren auf den internationalen Preis minus Transportkosten berechnet, und nicht auf den effektiven Preis, der durch den hohen Exportzoll auf Rohöl viel niedriger ist: knapp über u\$ 40 je Barrel, gegen über u\$ 110. Ein ähnliche Klage hatte die Provinz Neuquén schon eingereicht, die von der Justiz abgelehnt wurde.

Néstor Scibona berichtet in der Zeitung "La Nación" (15.6.08), dass das Schiff "Excelsior" seit drei Wochen (jetzt sind es vier) am Hafenuai des Unternehmens Mega in Bahía Blanca Gas an das Netz liefert. Es handelt sich um ein Schiff von 277 Meter Länge und 43 Meter Breite, das flüssiges Gas nicht nur zu 161° unter Null lagert, sondern eine eigene Anlage hat, um es wieder in normales Gas umzuwandeln. Das Schiff wurde Ende Mai durch einen Entladungsarm von 80 Tonnen (der in einem russischen Frachtflugzeug verladen worden war) mit den Gasnetz von TGS verbunden. Der Preis für dieses Gas liegt zwischen u\$ 16 und u\$ 18 je Mio BTU, also über doppelt so viel, wie das Gas aus Bolivien (das jetzt weit unter den verpflichteten Mengen geliefert wird) und etwa 10 Mal so viel, wie den lokalen Gasproduzenten bezahlt wird. Das Schiff liefert 80 Mio. cbm Gas, was dem Konsum von zwei Wintertagen von Buenos Aires und Umgebung entspricht. Am Dienstag ist ein Schweserschiff ("Excelsior", mit belgischer Fahne) mit 58.671 t verflüssigtem Gas angekommen. Danach soll ein weiteres Schiff ("Madrid Spirit", mit spanischer Flagge) mit 50.000 t Gas ankommen.

Die Provinz Formosa hat eine internationale Ausschreibung für die Forschung und eventuelle Förderung von Erdöl eingeleitet. Zunächst handelt es sich um zwei Gebiete im Nordosten und eines im Nordwesten, an der Grenze mit Salta. Formosa hat bisher keine Erdöllager.

Nachdem die mexikanische Arca vor kurzem die Unternehmen Formosa Refrescos (in Formosa) und El Embotellador (das in Catamarca, Jujuy, Salta, Tucumán und Santiago del Estero tätig ist) gekauft hat, die Coca Cola im Nordwesten erzeugen und vertreiben, hat die Firma jetzt ein Investitionsprojekt von u\$ 25 Mio. bekanntgegeben, um die bestehende Fabrik in Formosa auszuweiten und zu modernisieren. Der Präsident des Unternehmens, Francisco Garza Egl-

Keine Besteuerung von Bankzinsen

Letzte Woche wurden Äusserungen von Kabinettschef Alberto Fernandez dahingehend interpretiert, dass die Regierung die Möglichkeit erwäge, die Zinsen zu besteuern, die Sparer bei Bankdepositen erhalten, ebenfalls die Gewinnverteilung von finanziellen Treuhandfonds, und womöglich auch Zinsen von Staatspapieren. Eventuell würden auch Bardividenden, Barausschüttungen von G.m.b.Hs (die an der Quelle zu 35% versteuert werden) und auch Kapitalgewinne versteuert. Es wird stets darauf hingewiesen, dass diese finanziellen Einnahmen steuerlich bevorzugt sind, was dem Prinzip der Steuergerechtigkeit widerspricht. Der Fall ist jedoch nicht so einfach.

Bei Bankzinsen würde deren Besteuerung zu einer Abhebung der Depositen führen, also zu einer Verringerung des Umfangs derselben, womit das für die argentinische Wirtschaft viel zu kleine Bankensystem noch mehr schrumpfen würde, was sich negativ auf das Wachstum der Wirtschaft auswirken würde. Ohnehin sind die Pesodepositen schon durch die Inflation gefährdet, wobei in Bankkreisen geschätzt wird, dass gegenwärtig Fristdepositen von umgerechnet u\$ 80 Mio. pro Tag abgehoben und in Dollar angelegt werden. Die passiven Zinsen liegen mit 12% bis eventuell bis zu 18% bei besonderen Anlagen, meistens nur bei höheren Beträgen, unter der Inflation, so dass Fristdepositen ohnehin ein zweifelhaftes Geschäft sind. Nachdem die ZB jetzt den Dollar künstlich verbilligt hat (der Kurs ist seit dem 10. März um 5% zurückgegangen) ist der Anreiz zum Übergang auf den Dollar oder Euro gestiegen. Gewiss sollte die Einkommenssteuer (hier Gewinnsteuer benannt) theoretisch alle Einkommen umfassen. Das haben auch vorangehende Wirtschaftsminister gewusst. Doch ein Land, das sein Bankensystem dringend erweitern muss, kann sich eben den Luxus nicht leisten, diese Zinsen und auch die Gewinnbeteiligungen an finanziellen Treuhandfonds, und noch weniger die Zinsen von Staatsbonds, zu besteuern. Auch Wirtschaftsminister Carlos Fernandez ist sich dieser Dinge bewusst, weshalb er anlässlich einer Frage eines Journalisten, die Absicht kategorisch dementierte, Bankzinsen zu besteuern.

Ein konkretes Projekt, das im Wirtschaftsministerium schon besteht und angeblich dem Minister zur Unterschrift vorliegt, bezieht sich nur auf die Aufhebung der Ausnahme von Gewinnen von der Gewinnsteuer, die aus Beteiligungen an finanziellen Treuhandfonds stammen, die 1998 durch Dekret 1344 verfügt wurde. 1997 waren diese Gewinne mit dem Maximalsatz von 35% besteuert worden, was ein Hindernis für die Bildung dieser Treuhandfonds war. Diese Fonds (deren Gesamtumfang von \$ 1,63 Mrd. im Jahr 2004 auf \$ 8,5 Mrd Ende 2007 gestiegen ist) widmen sich zum grössten Teil der Gewährung von Konsumkrediten, direkt oder über Kreditkarten. Angeblich handelt es sich hier nicht nur um ein steuerliches Problem, sondern darum, dass die Konsumkredite gebremst werden sollen, damit die überhöhte Nachfrage die Inflation nicht anheizt. Das würde jedoch die Konjunktur abkühlen, im Gegensatz zum Wachstumsziel der Präsidentsin.

Die Besteuerung von Bardividenden und Barausschüttungen bei G.m.b.Hs. wäre nicht sinnvoll, da die Gesellschaften ohnehin schon 35% auf den gesamten Gewinn zahlen, also auch auf den nicht ausgeschütteten. Das ist auch für physische Personen der Höchstsatz. In früheren Zeiten ging die Steuerprogression für physische Personen bis auf 45%, und gelegentlich auch über 50%. Eine Steuer auf Bardividenden, wie sie zeitweilig bestand, sollte somit dieses Einkommen der allgemeinen Besteuerung angleichen. Die Höchstsätze der Einkommenssteuer wurden seit mehreren Jahren auf der Welt allgemein gesenkt, so dass ein Schwellenland wie Argentinien der Tendenz folgen sollte. Hohe Steuersätze führen zu Kapitalflucht und Steuerhinterziehung oder -Umgehung, was sich Argentinien gewiss nicht leisten kann. Die Steuer auf Kapitalgewinne ist in einem Inflationsland besonders konfliktiv, wobei eine Inflationsberichtigung kompliziert ist. Eine Steuer dieser Art würde sich besonders störend auf den Aktienmarkt und den Immobilienmarkt, und schliesslich auf die ganze Wirtschaft auswirken. Deshalb steht der Fall auch bei Steuerexperten kaum zur Diskussion.

off äusserte auch das Interesse für die Obstproduktion der Provinz, da Arca auch Obstsaft in Mexiko und den EEUU vertreibt. Arca betreibt 17 Fabriken in Mexiko und hat ein Kapital von u\$ 4 Mrd.

Der Verband für Haushalt und öffentliche Finanzen ASAP, weist darauf hin, dass in 4 Monaten 2008 die gesamten Einnahmen des Nationalstaates, verglichen mit der gleichen Vorjahresperiode, um 44% gestiegen sind, gegen 33,4% im Vorjahr, wobei die Gesamtausgaben um 35% zugenommen haben, gegen 41,6% im Vorjahr. Die primären Ausgaben (ohne Zinsen) stiegen jedoch um 38,8%, gegen 39,9% im Vorjahr, wobei die laufenden Primärausgaben um 41,6% zugenommen haben, gegen 41,2% im Vorjahr, während die Kapitalausgaben (öffentliche Investitionen u.a.) um 23,4% stiegen, gegen 34,2% im Vorjahr, und die Zinszahlungen nur um 5,8%, gegen 57,4% im Vorjahr. Somit stieg der primäre Überschuss um 66,8%, gegen 4,1% im Vorjahr, und der finanzielle Überschuss um 235%, gegenüber einer Abnahme von 46,2% im Vorjahr. Die relative Verbesserung der Staatsfinanzen wurde somit durch eine starke Verringerung der Staatsinvestitionen und der gezahlten Zinsen erreicht. Letzteres hängt damit zusammen, dass dieses Jahr weniger

Zahlungen auf die ersten vier Monate entfielen. Die Zunahme der gesamten Ausgaben liegt dieses Jahr etwas über der BIP zu laufenden Werten, so dass sich die Staatsquote erhöht hat.

Der Wirtschaftler Alieto Guadagni weist in einem Artikel in der Zeitung "El Cronista Comercial" (17.6.08) auf die Notwendigkeit hoher Investitionen auf dem Gebiet des Erdöls hin. Seit 1998 ist die Erdölförderung um 25% zurückgegangen; 2007 wurden nur 27 Forschungsbohrungen für Erdöl und 18 für Gas durchgeführt, obwohl die internationalen Preise 8 Mal so hoch wie vor einem Jahrzehnt liegen, als über 100 Forschungsbohrungen pro Jahr vollzogen wurden. Ausserdem wird nicht in Raffinerien investiert. Die letzte grosse Investition auf diesem Gebiet fand vor 20 Jahren statt, als YPF die Raffinerien von La Plata und Luján de Cuyo erweiterte. Somit muss immer mehr Dieseltreibstoff importiert werden.

Die britische Rurelec, die schon 50% von "Energía del Sur" besitzt, die ein Wärmekraftwerk von 60 MW in Comodoro Rivadavia (Provinz Chubut) betreibt, hat die restlichen 50% für u\$ 25 Mio. von den lokalen Partnern Esteban Reynal und Rolando Gonzalez Bunster ge-

kauft. U\$ 12 Mio. werden in bar bezahlt und u\$ 3 Mio. alle drei Monaten, und u\$ 10 Mio. in einem Jahr. Das Unternehmen wird ab August 76 MW zusätzlich bereitstellen, was eine Investition von u\$ 21 Mio. darstellt. Dieser zusätzlich erzeugte Strom fällt unter das Programm "Energía Plus", das Preise erlaubt, die frei mit den Käufern ausgehandelt werden.

Der Verband der mittleren Unternehmen CAME hat ermittelt, dass die Umsätze zum Vatertag, der am Sonntag, den 15. Juni gefeiert wurde, um 10% unter dem Vorjahr lagen. Der Durchschnitt der einzelnen Käufe lag mit \$ 49 um 14% unter dem Vorjahr.

Die allgemeine Staatssyndikatur SIGEN, die die Staatsverwaltung kontrolliert, hat in einem Bericht über das staatliche Energieunternehmen ENARSA scharfe Kritik geübt. Das Unternehmen erfülle die Auflagen des Gesetzes über finanzielle Staatsverwaltung nicht, und auch nicht die des Handelsgesetzbuches, die sich auf Aktiengesellschaften beziehe. Die interne Kontrolle sei unbefriedigend, es fehle eine periodische finanzielle Information und im Direktorium würden Verträge genehmigt, die schon vorher unterzeichnet worden seien. Es bestehe kein Verfahren über Käufe und Verpflichtung

von Dienstleistungen, noch über Ausgaben bei Reisen von Beamten. Der Kauf von 25% von Citelec (die Transener kontrolliert) durch ENARSA wird beanstandet, da sich ENARSA dabei um einen Betrag verschuldet hat, der über die Hälfte des Kapitals ausmacht, was von einer Generalversammlung hätte genehmigt werden müssen. Der Bericht ist zu lesen in der Website www.elauditor.info.

Der gut informierte Journalist Ismael Bermudez schreibt in der Zeitung "Clarín" (17.6.08), dass die Regierung ein Gesetzesprojekt ausgearbeitet hat, um die Pensionen und Hinterbliebenenrenten des staatlichen Systems im Sinne der Beweglichkeit, die die Verfassung vorschreibt und der Oberste Gerichtshof (Fall Badaro) bestätigt hat, zu erhöhen. Das Projekt soll unmittelbar im Kongress eingebracht werden. Die Erhöhung soll gemäss einem Index erfolgen, der sich aus der Lohnentwicklung und den Einnahmen des Rentensystems ergibt. Dies betrifft 4,6 Rentner; wenn dieser Index jedoch ab 2001 angewendet wird, dann wären die Mindestrenten nicht betroffen (da sie 2002 bis 2004 über die Inflation hinaus erhöht wurden), und Renten unter \$ 1.000 kaum, so dass es sich dann effektiv auf etwas über 500.000 Fälle beziehen würde.

Der Leiter der Studienabteilung für Wirtschaft der Zentralbank, Jorge Carrera, hat in einem Artikel in der Zeitung "Clarín" (15.6.08) berechnet, dass zwischen 2003 und 2007 die Exporte in Dollar um 84% zugenommen haben, und in Mengen um 39,5%. Mengemässig sind die Exporte primärer Produkte in dieser Periode um 44,2% gestiegen, die Industrieprodukte auf der Grundlage von landwirtschaftlichen Rohstoffen um 40,3% und die reinen Industrieprodukte um 68,8%. Bei Brennstoffen fand ein Rückgang von 44,9% statt. Die Dienstleistungsexporte haben in dieser Periode um 115% zugenommen.

Die Stiftung Export-ar weist darauf hin, dass der Export von Dienstleistungen 2008 u\$S 12 Mrd. erreichen und 20% der Gesamtexporte ausmachen wird. Am grössten ist dabei der Anteil vom Tourismus, was sich auf die Auslandsreisenden in Argentinien bezieht. Der Export von Software ist in den letzten Jahren von u\$S 83 Mio. auf u\$S 470 Mio. 2007 gestiegen, mit einer Zunahme von 39% im letzten Jahr. Der Informatikbereich im weiteren Sinn beschäftigt laut IBM-Generaldirektor in Argentinien Guillermo Cascio 106.000 Menschen.

Der Hüttenverband CIS berichtet, dass die Rohstahlproduktion im Mai mit 499.200 t um 12,3% über dem gleichen Vorjahresmonat lag, jedoch um 0,4% unter April. Die Produktion der ersten fünf Monate 2008 lag mit 2,37 Mio. t um 10,4% über dem Vorjahr. Die Roheisenproduktion war im Mai mit 380.100 t um 2,2% höher als im Vorjahr und 4,3% geringer als im April. Die Produktion von warmgewalzten Stahlprodukten lag mit 490.000 t um 9,2% über dem Vorjahr und um 1,5% unter April.

Das chilenische Luftfahrtunternehmen Sky Airlines (das Jürgen Paulmann gehört, Bruder von Horst Paulmann, der den Jumbo-Supermarkt besitzt) hat die Genehmigung für Flüge von Santiago de Chile nach Mendoza und Córdoba erhalten, wobei jedoch keine Passagiere für die Strecke Mendoza-Córdoba aufgenommen werden können. Gelegentlich sollen angeblich auch Flüge zwischen Santiago und Buenos Aires zugelassen werden.

Das Statistische Amt (INDEC) berichtet, dass die Umfrage bei Haushalten, die im 1. Quartal 2008 durchgeführt wurde, die Zahl der Schwarzarbeiter (im Abhängigkeitsverhältnis) mit 37,3% ermittelt hat, was weniger als die 39,3% des letzten Quartals 2007 und die 41,7% des 1. Quartals 2007 ist. Das bedeutet, dass in den 28 städtischen

Ballungsgebieten, auf die sich die Umfrage bezieht, 4,21 Mio. Personen arbeiten, ohne Beiträge zum Pensionierungssystem, zu den Sozialwerken und zu den Arbeitsrisikoversicherungen zu leisten. Die Unternehmer, die sie anstellen, laufen dabei ein erhebliches Risiko, wobei die Richter, im Fall einer Klage eines nicht eingetragenen Arbeitnehmers, diesem prinzipiell recht geben und ausserdem hohe Bussen verfügen.

Nachdem der Preis für Sojabohne in Chicago am Dienstag u\$S 572,48 je Tonne erreichte, wurde der Exportzoll in Argentinien auf 46,3% festgesetzt, 11,3 Punkte über den 35%, die bis zum 11. März 2008 galten.

Die jüngste Umfrage über Inflationserwartungen, die das Forschungsinstitut für Finanzen der Universität di Tella durchgeführt hat, hat eine Durchschnittserwartung von 34,7% für die nächsten 12 Monate ergeben, doppelt so viel wie vor einem Jahr. Wenn die Gesellschaft allgemein eine hohe Inflation erwartet und danach handelt, so wirkt sich dies inflationstreibend aus.

Die ZB weist darauf hin, dass das Bankensystem im April weiter eine geringe Säumigkeit bei den Krediten verzeichnet, mit einer gleichzeitig hohen Deckung der Risiken. In 12 Monaten zum April ist der Betrag der Fristdepositen um 28,6% gestiegen, der der Girodepositen nur um 17,2%.

Bei der Wechselausschreibung vom Dienstag hat die ZB nur Wertpapiere für \$ 266 Mio. untergebracht. Für Lebac auf 112 Tage wurde 11% bezahlt, auf 168 Tage 11,19%, auf 259 Tage 11,49%, und auf 357 Tage 11,82%. Angebote für Nobac auf 4 Jahre für \$ 2 Mio. wurden zurückgewiesen.

Die Kfz-Unternehmen Renault und IVECO (Fiat-Gruppe) haben in ihren Fabriken in Córdoba 2.400 Arbeiter zeitweilig entlassen, weil ihnen Teile für die Fabrikation fehlten, als Folge der Strassensperren und des Mangels an Dieseltreibstoff.

Pressgas in Behältern ist in vielen Orten des Landesinneren knapp und bis zu 40% teurer geworden. Die Behälter, mit Listenpreisen von \$ 23 und \$ 25 werden zu \$ 30 bis \$ 35 verkauft, was vornehmlich auf Transportschwierigkeiten zurückgeführt wird, da die Lastwagen aufgehalten wurden.

In Misiones wurde für Mai eine Zunahme der Konsumentenpreise von 2,3% berechnet, und in Feuerland von 1,44%. Dies wirft Zweifel über den offiziellen Index für Buen-

os Aires und Umgebung aus, der gemäss INDEC nur um 0,6% zugenommen hat.

Am Mittwoch um 19.50 Uhr wurde trotz Unterbrechung der Wirtschaftstätigkeit und mässiger Kälte der Spitzenstromkonsum vom 29. Mai mit 18.670 MW wieder erreicht. Das führte zu einer Stromsperre in Avellaneda u.a. Orten. Da Cammesa (das Staatsunternehmen, das das Stromnetz verwaltet), seit über einem Monat keine Information mehr vermittelt, weiss man nicht, was geschehen ist. Private Experten vermuten, dass die Beamten eventuell wegen der Aufregung um die Kundgebung auf de Plaza de Mayo vergessen haben, die Unternehmen, die grosse Stromkonsumenten sind, anzurufen, damit sie den Stromverbrauch unterbrechen.

Wie aus guter Quelle verlautet, bereitet Binnenhandelssekretär G. Moreno ein Massnahmenpaket für die Milchwirtschaft vor, das dem Landwirt einen Preis von \$ 1 je Liter sichern und die Versorgung sichern soll, und in folgenden Punkten besteht: 1. Der Preis, der dem Exporteur bei Trockenmilch anerkannt wird, wird von u\$S 2.770 auf u\$S 3.100 je Tonne angehoben. Was darüber hinausgeht (bis zum internationalen Preis von etwa u\$S 5.000) geht an den Staat; 2. Die Unternehmen der Milchindustrie müssen bei Exportanträgen nachweisen, dass sie einen bestimmten Bestand haben, der die interne Versorgung sicherstellt; 3. Die Industrie wird nur Subventionen für einige Grundprodukte erhalten, die beim Volkskonsum von Bedeutung sind; 4. Die Milchbauern, die bis zu 2.000 Liter pro Tag liefern, erhalten eine Subvention von 5 Cents. Die Industrie wurde in Kenntnis des Vorschlags gesetzt, und hat beantragt, dass der obligatorische Lagerbestand sich nicht nur auf Trockenmilch, sondern auch auf Käse (der ohnehin gelagert werden muss) beziehe. Der Preis von \$ 1 je Liter für die Milchbauern wird als zu niedrig angesehen.

Die Regierung der Provinz Neuquén hat Interessenten für den Bau des Wasserkraftwerkes Chihuidos I formell aufgerufen, Projekte und Kostenvoranschläge einzureichen. Offiziell wird das Projekt auf u\$S 900 Mio. geschätzt. Es soll 478 MW liefern und einen Stausee von 17.000 ha schaffen. Über die Finanzierung wurde nichts bekanntgegeben, wobei das Projekt die finanziellen Möglichkeiten der Provinz übersteigt. Es ist ein ideales Projekt für die Finanzierung durch die Weltbank oder die Interamerikanische Entwicklungsbank (BID).

Die Regierung der Provinz Buenos Aires hat nach mehreren gescheiterten Versuchen schliesslich

eine Unternehmergruppe gefunden, die sich bereit erklärt hat, das traditionelle Hotel Provincial, in Mar del Plata, in Konzession auf 30 Jahre (mit Option auf weitere 15 Jahre) zu übernehmen. Es handelt sich um die internationale Hotellkette NH, den Unternehmer Florencio Aldrey Igelasis u.a., die bereit sind, \$ 100 Mio. beizutragen, um das seit 10 Jahren geschlossene Hotel in stand zu setzen.

Der Konflikt mit der Landwirtschaft hat sich auch auf den Tourismus ausgewirkt: im April kamen laut INDEC 8,6% weniger Auslandsreisende nach Argentinien als im gleichen Vorjahresmonat. Dennoch lagen die Gesamtausgaben der Touristen mit u\$S 256 Mio. um 4,3% über dem Vorjahr. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass Argentinien, in Dollar berechnet, viel teurer geworden ist.

Im Mai erreichte der primäre Überschuss der Finanzen des Nationalstaates einen Rekord von \$ 6,03 Mrd., um 13,3% über dem gleichen Vorjahresmonat. Im April 2008 hatte der Überschuss nur \$ 2,79 Mrd. betragen. In 5 Monaten 2008 lag dieser Überschuss mit \$ 17,66 Mrd. um 47% über dem Vorjahr. Der echte Überschuss (nach Abzug der Zinsen) lag im Mai mit \$ 5,7 Mrd. um 15,5% über Mai 2007. In 5 Monaten erreichte der echte Überschuss \$ 12,13 Mrd. Im Mai verzeichnen die Ausgaben im interanuellen Vergleich eine Zunahme von 40%, die Einnahmen eine von 31%. In 5 Monaten lagen die Ausgaben um 39% und die Einnahmen um 40,5% über dem Vorjahr. Die Information, die Wirtschaftsminister C. Fernandez am Donnerstag der Presse vorlegte, war spärlich und konfus.

Das Statistische Amt (INDEC) hat ermittelt, dass die Internet-Anschlüsse im März um 14,6% über dem gleichen Vorjahresmonat lagen und über 3 Mio. erreichten. Die bezahlten Verbindungen stiegen um 29,8% auf 2,5 Mio., während die Gratisverbindungen um 27,2% abnahmen. Die Breitbandverbindungen nahmen 32,2% zu. Die Zahl der Unternehmen mit Internet-Anschluss stieg um 11% auf 273.000. Das starke Vordringen des Internet stellt eine tiefgreifende Änderung der Gewohnheiten der Bevölkerung dar, wobei dies auch zu einem grossen Effizienzfortschritt bei Unternehmen führt.

PERSONALNACHRICHTEN

Todesfälle

Lore Stange geb. Hähnlen, 100, am 11.5.

Emmy Schwarz geb. Reischl, am 18.5.

Clara Isabel von Reichenbach de Kook Weskott.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Wie Sand im Getriebe

Der völlig unnötige und von der Regierung provozierte Konflikt mit den Landwirten wirkt sich zunehmend als Störungsfaktor der Wirtschaft aus. Die Landwirte, die ihre Ernte, vornehmlich die unlängst beendete von Sojabohne, zurückhalten, kaufen auch kaum etwas, was sich nicht nur auf Lieferanten, sondern auf den Handel, auf Werkstätten und auch Fabriken (vornehmlich Landmaschinen) auswirkt. In vielen Dörfern des Landesinneren steht die Wirtschaft still. All die betroffenen, also Landwirte und immer mehr andere, geraten dabei mit ihren Steuern und gegenüber Banken u.a. in Verzug, womit die Zahlungskette gestört wird. Da auch der Verkehr auf wichtigen Überlandstrassen unterbrochen oder nur in Ausnahmefällen zugelassen ist (weil Lastwagenunternehmer, die Getreide und Ölsaaten transportieren und seit über drei Monaten keine Fracht erhalten, in diesem Sinn tätig sind), haben Fabriken in vielen Orten auch Schwierigkeiten mit der Beschaffung ihrer Rohstoffe und Halbfabrikate, und dann auch mit der Lieferung ihrer Produkte, so dass sie die Betriebe zeitweilig still legen müssen und die Arbeiter für diese Zeit nach Hause schicken und ihnen keinen oder nur einen beschränkten Lohn zahlen.

Es fehlte auch an vielen Orten an Treibstoff, besonders Dieseltreibstoff, der ohnehin knapp ist, nachdem Shell die Produktion wegen Ausfall von Erdöllieferungen aus Santa Cruz (wegen des Streiks) drastisch kürzen musste. Ohnehin reicht die lokale Produktion bei Dieseltreibstoff nicht aus, und es wird zu wenig importiert, weil das Geschäft beim niedrigen lokalen Preis auch bei Erlass von Zöllen und Steuern nicht aufgeht. Somit wurde für das letzte Wochenende der Omnibusverkehr stark eingeschränkt, und viele Automobilisten trauten sich auch nicht, eine Reise zu unternehmen. Das Ergebnis war, dass trotz drei sehr schöner Tage die Hotels und Gaststätten im Landesinneren nur wenig Kunden hatten, statt wie in Vorjahren voll ausgebucht zu sein.

Die Einnahmen der Gemeinden sind schon drastisch zurückgegangen, so dass viele eine finanzielle Hilfe von der Provinzverwaltung beanspruchen mussten, um die Gehälter zu bezahlen. Aber auch die Fiskaleinnahmen der Provinzen der sogenannten "Pampa-Ge-

gend", auf die sich das Phänomen konzentriert, leiden unter dem Konflikt. Und schliesslich wird auch der Nationalstaat weniger einnehmen, nicht nur, weil weniger Getreide und Ölsaaten, und auch weniger Sojaöl und -mehl exportiert werden, so dass der Erlös aus den Exportsteuern abnimmt, sondern auch, weil die zunehmende Störung des Wirtschaftsablaufes sich auf die MwSt., die Gewinnsteuer u.a. auswirkt. Gleichzeitig wird der Nationalstaat den betroffenen Provinzen finanziell helfen müssen, so dass weniger Geld für Investitionen u.a. Zwecke verbleibt. Wenn Staatsinvestitionen dann verlangsamt oder still gelegt werden, so hat das eine weitere negative Wirkung auf die Wirtschaft.

90 Schiffe haben im Hafen der Stadt Buenos Aires geankert, und warten auf einen Turnus, um Getreide und Ölsaaten laden zu können (in diesem Hafen und auch in denen am Paraná). Das kostet pro Tag und Schiff über u\$ 50.000, so dass gesamthaft Kosten von über u\$ 4,5 Mio. täglich entstehen. Wer wird das bezahlen? Die Reeder werden versuchen, diese höheren Kosten auf die Exporteure abzuwälzen, und diese auf die Landwirte.

Der Konflikt wirkt sich zunehmend auf die Stimmung der Bevölkerung aus. Das Vertrauen nimmt ab, Depositen werden abgehoben und es werden Dollar (eventuell auch Euros) gekauft oder überwiesen, die ZB-Reserven nehmen ab, die Zinsen nehmen zu, und Investitionsprojekte werden hinausgeschoben. Das Problem der Landwirtschaft trifft ausserdem mit steigenden Inflationserwartungen zusammen, die ebenfalls störend wirken. Die letzten Lohnverhandlungen wurden mit Zulagen von insgesamt über 30% abgeschlossen, gegen 20% bis 25% vor einigen Wochen, wobei die Gewerkschaftler eine neue Lohnrunde vor Ende des Jahres in Aussicht stellen. Die Lohn-, Preisspirale beschleunigt sich und das wirkt inflationstreibend und rezessiv.

Die Konjunktur, die sich Anfang des Jahres in vollem Schwung befand, hat sich spürbar verflacht. Der Wirtschaftler Orlando Ferreres, der eine kurzfristige Schätzung der Wirtschaftstätigkeit bekanntgibt, die etwa der Entwick-

lung des Bruttoinlandproduktes entspricht, weist darauf hin, dass die Wirtschaft im 1. Quartal im interanuellen Vergleich um 7% gewachsen ist, wobei es im März (als der Konflikt begann) nur 3,1% waren, was dann im April mit 8% nachgeholt wurde. Im Mai, als der Konflikt von neuem entbrannte, ging die Zunahmerate auf 5% zurück. Auch wenn die Landwirte jetzt beginnen würden, ihre Sojabohne zu verkaufen, und der Verkehr auf den Überlandstrassen wieder normalisiert wird, geht die Wirkung der Störung weiter. Wie bei einem Getriebe mit Sand, das auseinander genommen und gereinigt werden muss, bevor es wieder verwendet werden kann.

Die Rekordernte von 97 Mio. t Getreide und Ölsaaten der Periode 2007/08, die zu Preisen exportiert wird, die im Durchschnitt um mindestens 50% über dem Vorjahr liegen dürften, wird wohl dafür sorgen, dass die Wirtschaft sich relativ schnell erholt. Die jüngste Überschwemmung im US-Staat IOWA hat Mais und Sojabohnenpflanzungen geschädigt und sich preistreibend ausgewirkt. Die Landwirte erhalten jetzt für ihre Sojabohne und ihren Mais viel mehr als vor zwei Monaten, so dass sie beiläufig davon profitieren, dass sie die Ernte in Kunststoffschläuche gepackt und nicht verkauft haben. Doch von etwa hundert Dollar mehr bei Sojabohne erhalten sie infolge der Progression der Exportsteuer nur einen Bruchteil. Und das irritiert sie besonders.

Doch das in Argentinien verlorene Einkommen wird auch bei soller Überwindung des Konfliktes nicht ganz aufgeholt. Es verbleibt ein Nettoverlust, der im ganzen Jahr 2008 zwischen 2 und 4 Punkten des BIP liegen dürfte, je nachdem ob die Normalität sofort

zurückkehrt oder nur langsam und nicht ganz.

Die Regierung hat jetzt eine gute Gelegenheit, um den Konflikt durch einen Seiteneinstieg zu lösen, wie er empfohlen wird, wenn die Positionen der Parteien sich verhärtet haben und keiner nachgeben will (siehe AT vom 7.6.08). Wenn das Parlament der Regierungsvorlage einfach zustimmt, ohne ein Komma zu ändern, wie es die Kirchners angeblich wollen, dann besteht weiterhin ein offener oder bestenfalls ein schwelender Konflikt, der gelegentlich wieder offen auftreten dürfte. Politisch wäre dies für die Kirchners verheerend. Doch wenn Néstor und Cristina zulassen, dass die Deputierten das Projekt ändern, z.B. indem sie z.B. bei den Exportzöllen eine Höchstgrenze (35% oder 40% ?) einführen und die Progression milder gestalten (oder ganz aufheben), dann würden die Landwirte sofort ihre gelagerte Sojabohne und ihren Mais verkaufen, und das wäre der Beginn einer schnellen Normalisierung, womit auch die politische Wirkung des Konfliktes abflauen würde. Cristina Kirchner könnte dann auch sagen, dass das Parlament funktioniert und nicht, wie es Kritiker behaupten, einfach eine Art Notariat ist, dass die Regierungshandlungen beglaubigt. Auch das würde politisch positiv wirken.

Allein, die Kirchners denken leider nicht so. In politischen Kreisen wird auf die Geschichte mit dem Skorpion und dem Frosch hingewiesen. Der Skorpion bittet den Frosch, ihn über den Fluss zum anderen Ufer zu tragen. Er überzeugt ihn, mit dem Argument, dass er ihn nicht stechen und somit töten wird, weil er dann ertrinkt. Doch mitten im Fluss sticht er ihn doch. Sagt der Frosch: „Bist zu verrückt? Jetzt sterben wir beide!“ Antwortet der Skorpion: „Ich kann meine Natur nicht bändigen.“

Steht ein neuer Default bevor?

Die Wirtschaftler Martín Krause und Aldo Abram, vom Forschungsinstitut für Institutionen und Märkte CIIMA, haben eine Studie unter dem Titel "Schulden und Inflation: zurück zur Zukunft" durchgeführt, die von der einflussreichen Zeitung Financial Times (London) gekürzt wiedergegeben wurde. Sie wurde am Mittwoch bei der fünften Spitzenkonferenz über Finanzen behandelt, die von

der Finanzfirma Latin Finance organisiert wurde. Der Bericht hat somit eine weltweite Wirkung.

Argentinien ist gegenwärtig aus der internationalen Finanzwelt ausgeschlossen, und macht auch nichts, um den Anschluss wieder zu finden. Staatspapiere werden im Ausland nur in Venezuela untergebracht, das letzte Mal zu einem Zinssatz von 13%, was ein weiteres düsteres Signal für die

internationale Finanzwelt ist. Das sollte in Zukunft unterlassen werden. Wenn ein Staat sich zu diesem hohen Satz verschulden muss, wo er sonst unter normalen Umständen nicht über 8% zahlen sollte, so deutet das auf eine schwierige Lage hin, die in einem Default enden kann. Und hier besteht die Gefahr der selbsterfüllten Prophezeiung: denn wenn alle, die auf dem Finanzmarkt tätig sind, davon ausgehen, dass ein Default bevorsteht, dann handeln sie so, dass sie dazu beitragen, dass dieser effektiv eintritt. Beiläufig ist dieses Verhalten inflationstreibend und rezessiv. Ist sich unser schweigsamer Wirtschaftsminister Carlos Fernandez (von dem man nicht weiss, was er denkt und vorhat) dieser Gefahr bewusst? Und weiss er, wie er ihr begegnen muss?

Die genannte Studie weist darauf hin, dass der argentinische Staat, einschliesslich der Holdouts, eine Schuld von u\$ 170 Mrd. hat, die 67% des Bruttoinlandsproduktes ausmacht, während die Staatsschuld 2001, unter Präsident Fernando de la Rúa, nur 54% des BIP betrug. Hierzu ist jedoch folgendes zu bemerken: 1. Die Währungsreserven sind mit etwa u\$ 48 Mrd. unverhältnismässig höher als Ende 2001, und reichen aus, um ein eventuelles Zahlungsungleichgewicht auszugleichen; 2. Die Aussenhandelsbilanz ist, im Gegensatz zu 2001, weiterhin stark positiv, mit einem Überschuss, der für dieses Jahr offiziell auf u\$ 12 Mrd. veranschlagt wird; 3. Auch die gesamte Bilanz der Zahlungen mit dem Ausland ist stark positiv, wobei jetzt zum Handelsbilanzüberschuss noch ein Überschuss beim Tourismus hinzukommt, den es 2001 auch nicht gab; 4. Die Schuld gegenüber den "Holdouts", von etwas über u\$ 30 Mrd. (mit Zinsen) dürfte mit etwa u\$ 10 Mrd. beglichen werden können, so dass man von vorne herein u\$ 20 Mio. von der von der Studie angegebenen Schuld streichen kann.

Dieses Jahr muss der Nationalstaat Staatspapiere in Höhe von u\$ 8,5 Mrd. tilgen, zu denen noch u\$ 6,1 Mio. an Zinsen kommen,

die mit dem primären Überschuss voll getilgt werden. Insgesamt braucht der Staat somit u\$ 14,6 Mrd. 2009 ergibt die Rechnung einen Fehlbetrag von u\$ 11,8 Mrd. und 2010 einen von 10,5 Mrd., von dem auch der Teil gedeckt ist, der auf Zinsen entfällt. Sofern ein echter Überschuss bei den Staatsfinanzen besteht, der in einer Verringerung der Gesamtschuld zum Ausdruck kommt (wie sie schon im 1. Quartal 2008, in Dollar berechnet, eingetreten ist), wird der Fehlbetrag, der bei der Amortisation von Schulden entsteht, um diesen Überschuss geringer. Wenn die Staatsschuld abnimmt, dann beruhigen sich auch die Gemüter, und die Finanzwelt spekuliert dann nicht mit einem Default, womit die Wirkung der selbsterfüllten Prophezeiung entfällt. Die Regierung sollte diesem Ziel somit erste Priorität einräumen, und mit dem Unfug des "echten" Überschusses, der keiner ist, aufhören.

Das Schatzamt hat sich in den letzten Jahren auch mit Unterbringung von Wechseln bei autonomen Ämtern finanziert, besonders der ANSeS, der AFIP und der ZB. Der Überschuss, der beim Rentensystem bestand, dürfte jedoch verschwinden, umso mehr, wenn die Renten, die über dem Minimum liegen, angehoben werden, wie es der Oberste Gerichtshof bestimmt hat. Aber auch ohne dies, sollte kein Überschuss bestehen, da das Gesetz aus dem Jahr 1994 bestimmt, dass die Renten im Ausmass des Überschusses angehoben werden müssen. Die ANSeS-Finanzen sollten laut Gesetz mit Null enden. Das das Steueramt einen Überschuss aufweist, ist im Wesen eigenartig, da die Einnahmen, die das Amt eintreibt, dem Schatzamt überweisen werden. Die AFIP hat jedoch seit 2001 einen Prozentsatz auf die Steuereinnahmen als direkte Einnahme erhalten. Auch hier sollte kein Überschuss bestehen; denn der Sinn der finanziellen Autonomie besteht darin, dass das Amt seine Tätigkeit ausweiten und den Kampf gegen die Hinterziehung finanzieren kann, und eben so weit geht, wie es die Mittel erlauben.

Die Verschuldung des Schatzamtes gegenüber der ZB ist anderer Art. Wenn eine Schuld in Dollar oder einer anderen Währung gezahlt werden muss, dann kann die ZB ihre Devisenreserven dafür einsetzen und dies durch eine Forderung gegenüber dem Schatzamt ersetzen, wie es bei der vorzeitigen Zahlung an den IWF geschehen ist. Die ZB hat also die Möglichkeit, das Schuldenproblem des Staates der nächsten Jahre auf diese Weise zu lösen. Allerdings wäre eine starke Verringerung der ZB-Reserven ein schlechtes Signal. Diese Art des Ausgleichs der Staatsschuld sollte nur im Extremfall eingesetzt werden, wobei jedoch auf alle Fälle offen gesagt werden sollte, dass die Regierung dazu bereit ist, um ein Default zu verhindern, und auch, um sich nicht mit Zinsen von 13% zu verschulden.

Es bestehen jedoch andere Lösungsmöglichkeiten. Halten wir fest:

Ein Abkommen mit dem Pariser Klub würde Argentinien den Zugang zu Krediten zur Finanzierung von Kapitalgüterlieferungen erteilen, bei Zinsen von 5% bis 7%. Diese Kredite beziehen sich zwar vornehmlich auf private Käufe von Maschinen und Anlagen, können jedoch auch staatliche Objekte umfassen, wie Kraftwerke. Es bestehen mehrere Projekte für Wasser- und Wärmekraftwerke, und auch abgesehen vom unsinnigen Hochgeschwindigkeitszug besteht ein Bedarf an Erneuerung beim bestehenden Eisenbahnsystem. All dies kann auf diese Weise finanziert werden. Mit etwas Vernunft und gutem Willen kann ein Abkommen sofort unterzeichnet werden. Nur die Weigerung, dass dies mit Überwachung des IWF geschieht, verhindert die Lösung. Einfach absurd!

Argentinien hat die Möglichkeit, von der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank einen weitaus höheren Betrag an Krediten zu erhalten, als das Land gegenwärtig schuldet. In den letzten Jahren wurden Kredite um mehrere Milliarden Dollar amortisiert, was überhaupt keinen Sinn hat, da es sich hier um Kre-

dite zu Zinsen von bis zu 8% handelt. Das Wirtschaftsministerium hat schon erste Schritte unternommen, um mehr Kredite von diesen internationalen Banken zu erhalten. Es müsste jetzt das Schwergewicht auf die Ausarbeitung von Projekten gesetzt werden, so dass diese Finanzinstitute dann wählen können. Dies erfordert, dass erstklassige private Consulting-Firmen zu Rate gezogen werden, also solche die schlechte Projekte nicht beschönigen, auch wenn sie dafür gut bezahlt werden. Die Regierung tut jedoch nichts in diesem Sinn.

Schliesslich besteht noch die Möglichkeit einer Vermögensweisswaschung bei Kauf von bestimmten Staatspapieren, die für diesen Zweck ausgegeben werden. Beim hohen schwarzen Auslandsvermögen von Personen, die in Argentinien wohnhaft sind, sollte es gut möglich sein, Staatsbonds für einige Milliarden Dollar auf diese Weise unterzubringen. Dabei wird jedoch befürchtet, dass auf diese Weise beiläufig auch Gelder legalisiert werden, die aus dem Drogenhandel u.a. illegaler Tätigkeiten stammen. Das sollte zwar aus ethischen Gründen nicht sein; aber für Argentinien ist es gleichgültig, woher das Geld kommt.

Es bestehen somit allerlei konkrete Möglichkeiten, um die Beiträge, die bei Amortisation bestehender Schulden gezahlt werden müssen, durch neue Schulden zu ersetzen, ohne absurd hohe Zinsen zu zahlen. Im Grunde ist dies relativ einfach. Es wäre jedoch notwendig, dass das Wirtschaftsministerium und die Regierung überhaupt sich des Problems bewusst werden und dementsprechend handeln, wobei die Regierung auch prinzipiell eine freundlichere Haltung gegenüber den USA und den anderen fortgeschrittenen Staaten einnehmen müsste. Wenn man Hilfe braucht, muss man sich auch helfen lassen. Wenn man das ganze Problem, das wir hier behandelt haben, ganz zu Ende denkt, kommt man zum Schluss, dass eigentlich nur die sture Haltung von Néstor Kirchner der Lösung im Wege steht.